

Veröffentlichung: ja

Besprechung des GKV-Spitzenverbandes, der Deutschen Rentenversicherung Bund, der Bundesagentur für Arbeit und der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung zu Fragen des gemeinsamen Meldeverfahrens am 18.03.2015

9. Änderung der Anlage 9.4 des gemeinsamen Rundschreibens „Gemeinsames Meldeverfahren zur Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung“;
hier: Prüfung der Einkommensgrenze bei geringfügig entlohnerten Beschäftigten

Durch das Tarifautonomiestärkungsgesetz wurden die Zeitgrenzen für kurzfristig Beschäftigte gem. § 8 Abs. 1 Nr. 2 SGB IV für die Zeit vom 01.01.2015 bis 31.12.2018 von 2 Monaten bzw. 50 Arbeitstagen auf 3 Monate bzw. 70 Arbeitstage angehoben. Dies führt in der Folge dazu, dass auch die Zeitgrenze für ein unvorhersehbares Überschreiten der Entgeltgrenzen für geringfügig entlohnte Beschäftigte für diese Übergangszeit von 2 auf 3 Monate erhöht wird.

Das Überschreiten der Höhe des maximal möglichen Entgelts für geringfügig entlohnte Beschäftigte ist demnach meldezeitraumbezogen zu differenzieren. Die Fehlerprüfung in der Anlage 9.4 ist daher wie folgt anzupassen:

Änderung der Fehlerprüfung DBME105:

Für geringfügig beschäftigte Personen (PERSGR im DSME = „109“ oder „209“) gilt für Meldezeiträume bis 31.12.2014 bei einem Meldezeitraum von bis zu zwei Monaten eine maximale Entgelthöhe bis zum doppelten Betrag der monatlichen Beitragsbemessungsgrenze der Rentenversicherung des jeweiligen Rechtskreises. Für jeden weiteren Tag ist für Meldezeiträume bis 31.12.2002 die Grenze in Höhe von 21 DM bzw. 11 Euro, ab 01.01.2003 die Grenze in Höhe von 14 Euro und ab 01.01.2013 die Grenze in Höhe von 15 Euro zu beachten.

Neue Fehlerprüfung DBME103

Für geringfügig beschäftigte Personen (PERSGR im DSME = „109“ oder „209“) gilt für Meldezeiträume ab dem 01.01.2015 bei einem Meldezeitraum von bis zu drei Monaten eine maximale Entgelthöhe bis zum dreifachen Betrag der monatlichen Beitragsbemessungsgrenze der Rentenversicherung des jeweiligen Rechtskreises. Für jeden weiteren Tag ist die Grenze in Höhe von 15 Euro zu beachten.

Als Einsatztermin für das Kernprüfprogramm wird der 01.06.2015 festgelegt.